



ANGELA MERKEL:

### Wie Deutschland sich ändern kann – Offener Brief an Helmut Schmidt

Sehr geehrter Herr Altbundeskanzler, lieber Helmut Schmidt,

ihren Artikel in der ZEIT habe ich mit Interesse gelesen, weil er bei aller schonungslosen Analyse den Menschen Mut machen will, denn Sie sagen mit Recht: Deutschland besitzt immer

noch viel Zukunftspotenzial.

Dennoch drängt es mich, Ihnen zu antworten. Warum? Weil ich der Meinung bin, dass Sie es sich mit der pauschalen Feststellung, die „meisten strukturellen Fehlentwicklungen muss eine ganze politische Klasse verantworten“, zu einfach ma-

### INHALT

LAURENZ MEYER:  
Halte nichts von einer  
Großen Koalition  
SEITE 11

LONDON:  
Angela Merkel  
trifft Tony Blair  
SEITE 9 – 10

SACHSEN-ANHALT:  
Ein Jahr CDU/FDP-  
Regierung  
SEITE 12 – 13

■ Angela Merkel: Wie Deutschland sich ändern kann – Offener Brief an Helmut Schmidt (Seite 1–4) ■ Lügenuntersuchungsausschuss „Rot-Grün hat die Menschen in beispielloser Weise getauscht“ Interview mit Peter Altmaier (Seite 5–6) ■ 5. Filmempfang: Bessere Rahmenbedingungen für den deutschen Film (Seite 7–8) ■ Berichte aus den Ländern (Seite 13–14) ■ Fraktionsveranstaltung: Reformen im Handwerk mit Augenmaß (Seite 15) ■ Dagmar Wöhl, Ernst Hinsken: 12-Punkte-Reformplan zur Handwerksordnung (Seite 16) ■ Hartmut Koschyk, Ole Schröder, Reinhard Grindel: Schilys unverantwortliche Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik (Seite 16–18) ■ Katherina Reiche, Werner Lensing, Uwe Schummer: Klare Absage an Lehrstellenabgabe (Seite 18–19) ■ Ausbildungsmarkt Mai 2003 (Seite 18) ■ Günter Krings: Junge Gruppe begrüßt EU-Referendum in Polen (Seite 19)

## IMPRESSUM



chen. Natürlich ist in der Vergangenheit Zeit verschenkt worden, wer aber alle politischen Kräfte unseres Landes über einen Kamm schert und die Unterschiede der Parteien nivelliert, der unterstützt am Ende das, was er beklagt: Mutlosigkeit und Verzagttheit.

Sie, sehr geehrter Helmut Schmidt, sind Angehöriger der Generation, die Deutschland nach dem Krieg aufgebaut hat, einer Generation mit Leistungswillen, Mut und Risikofreude. Die nachfolgende Generation konnte von dem Erreichten der ersten Gründerjahre unseres Landes zehren. Nun ist vieles von diesem Vorrat aufgebraucht. Heute stehen wir – nach der deutschen Einheit und in der Phase des Übergangs von der Industrie- zur Wissensgesellschaft – vor den zweiten Gründerjahren unserer Republik.

Ich komme aus dem Teil Deutschlands, der 1989 nicht zuletzt an seiner ökonomischen Unfähigkeit gescheitert ist. Natürlich ist die Situation der DDR 1989/90 nicht mit der des geeinten Deutschlands 2003 identisch. Aber auch wir sollten wichtige

Warnsignale nicht übersehen. Auch wir haben keinen Rechtsanspruch auf dauerhaften Wohlstand. Deutschland muss sich ändern. Ich füge hinzu: Deutschland kann sich ändern, wenn wir jetzt die Weichen richtig stellen. Es ist unabdingbar: Wir müssen von den Chancen der Globalisierung profitieren und profitieren wollen. Das macht den Geist der zweiten Gründerjahre unseres Landes aus.

Warum aber verbinden die Menschen mit den notwendigen Veränderungen eher Ängste als Hoffnungen, warum nehmen sie die Debatte nur als Debatte um Einschnitte und Kürzungen wahr? Weil aus meiner Sicht zu isoliert und eingeschränkt diskutiert wird. Für mich steht deshalb vor allen Kürzungen und Einschnitten noch eine andere Frage im Vordergrund: Womit wollen und können wir in unserem Land auf der Basis unserer Fähigkeiten in Zukunft unser Geld verdienen? Wir können unseren Wohlstand nicht allein durch Tätigkeiten im unteren Lohnbereich erhalten, sondern wir müssen unseren An-

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelthöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111333. Vertrieb: Tel. 02226-802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

teil an den weltweiten Innovationen vergrößern. Ein Motorium für die grüne Gentechnologie hilft uns dabei genauso wenig weiter wie eine überdimensionierte Förderung der Windenergie. Unwägbarkeiten in der staatlichen Forschungsförderung sind genauso schädlich wie ein Verbot von Studiengebühren. Eine Chemikalienrichtlinie in Europa, die uns gegenüber Amerika zurückwirft, trifft genauso wie die Positivliste für Medikamente die Arbeitsplätze der chemischen und pharmazeutischen Industrie in Deutschland. Bürokratische Umsetzungen der Biopatentrichtlinie hemmen die guten Ansätze für mehr Arbeitsplätze in der Biotechnologie. All dies – mit Verlaub, lieber Herr Schmidt – war und ist nicht Politik der CDU, sondern die der rot-grünen Regierung.

Wir müssen also auf Investitionen in die Zukunft setzen, um den Wettbewerb um mehr Arbeitsplätze zu gewinnen. Wettbewerbsfähig halten werden wir die Arbeitsplätze aber nur, wenn wir gleichzeitig zu tief greifenden sozial- und arbeitsmarktpolitischen Veränderungen bereit sind. Das ist wohl wahr. Wie aber können wir die Menschen hiervon überzeugen? Dies wird nur gelingen, wenn sie erkennen, welche Prinzi-

pien uns leiten. Für mich sind deshalb zwei Dinge unabdingbar. Erstens: Der Schlüssel für Lebenschancen sind Freiheit und Wettbewerb. Und zweitens: Gerechtigkeit von Lebenschancen entsteht nicht aus Umverteilung und Gleichmacherei, sondern aus Leistungsgerechtigkeit. All unsere politischen Maßnahmen müssen der Frage standhalten: Ist das, was der Staat vom Bürger erwartet, gerecht im Verhältnis zu dem, was der Bürger bekommt – bei der Chance auf einen Arbeitsplatz, im Krankheitsfall und im Alter, bei der Anerkennung von Erziehungsleistung? Keine Leistung ohne Gegenleistung, nur so kann im Übrigen auch den wirklich Schwachen geholfen werden. Von diesem modernen Gerechtigkeitsbegriff ist die Agenda 2010 der deutschen Sozialdemokraten aber noch meilenweit entfernt.



### Was bedeutet unser Gerechtigkeitsbegriff nun konkret?

**Erstens:** Weg mit den Hürden für Neueinstellungen. Die Union hat sich entschieden, für alle Betriebe bis zwanzig Mitarbeiter bei Neueinstellungen den besonderen Kündigungsschutz aufzuheben. Bei allen anderen Betrie-

ben wird er durch eine Option auf Abfindung ersetzt. Das bedeutet Erleichterung für jede Firma im Land. Rot-Grün will es im Wesentlichen bei der Grenze von fünf Mitarbeitern belassen. Dahinter steht die Grundsatzfrage, ob der hergebrachte Kündigungsschutz heute noch verhindert, dass entlassen wird, oder ob er nicht eher verhindert, dass eingestellt wird. Viereinhalb Millionen Arbeitslose sprechen jedenfalls nicht für allzu viel Beschäftigungssicherheit.

**Zweitens:** Platz frei für betriebliche Bündnisse für Arbeit, gesetzlich verankert und auch ohne Zustimmung der Tarifparteien. Sie, Herr Altbundeskanzler, haben das dankenswerterweise angesprochen. Die jetzige Bundesregierung aber setzt auf freiwillige Abmachungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Wir sehen das anders: Das 21. Jahrhundert bringt so viel Wandel und Vielfalt des Arbeitslebens mit sich, dass die Rituale der Tarifverhandlungen zahllosen Einzelfällen nicht mehr gerecht werden können. Politik darf nicht beklagen, dass Interessenverbände Interessen verfolgen, sondern sie muss die Spielregeln verändern. Dazu gehört auch, dass wir in Deutschland über die Dauer der Arbeitszeit werden spre-

chen müssen. Wo bleibt das mahnende Wort des Bundeskanzlers über den aberwitzigen Streik der IG Metall im Osten für die 35-Stunden-Woche? Eher müsste sich der Westen an den Osten anpassen als umgekehrt.

**Drittens:** Fördern und Fordern der Arbeitslosen – wer wollte das nicht? Aber wie sieht die Wahrheit aus? Solange Arbeitsamtsstuben über angebliche Unzumutbarkeiten wiegen und wägen müssen und sich mit dicken Aktenordnern für Prozesse wappnen, um gerichtsfest beweisen zu können, dass jemand sich doch nicht wirklich „ausreichend“ um Arbeit bemüht hat, so lange wird es mit dem Fordern in der Realität nichts. Wir sagen: Jede angebotene Arbeit, gleich welcher Art, muss angenommen werden, sonst wird pauschal um 30 Prozent gekürzt. Keine Leistung ohne Gegenleistung. Der Anspruchsteller trägt die Beweislast, er ist der Allgemeinheit verantwortlich, nicht umgekehrt.

**Viertens:** Gesundheit. Wir teilen das Ziel, die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung auf 13 Prozent zu senken. Das geht aber nur durch echten Wettbewerb. Die Ärzte der Nachfragemacht der Kassenfunktionäre und der Marktzugangsentscheidung durch

eine zentrale Regierungsbehörde auszuliefern, statt die Patienten zum bestimmenden Faktor zu machen, ist doch kein Wettbewerb, sondern Monopolsicherung auf neue Art. Es muss in Zukunft gelten: Die kleinen Risiken muss jeder selbst tragen, die großen die Allgemeinheit. Also werden wir auf Dauer um eine allgemeine Selbstbeteiligung in der Größenordnung von maximal zwei Prozent des Einkommens nicht herumkommen. Die Finanzierung des Krankengeldes einfach nur auf die Beiträge der Versicherten zu übertragen ist in Wahrheit noch keine Entlastung der Arbeitskosten. Wir dagegen halten die private Absicherung der Zahnbehandlung wie in anderen Ländern Europas für einen besseren Weg, weil er Prophylaxe anregt und Eigenverantwortung stärkt.

**Mein Fazit:** Freiraum, Eigenverantwortung, Wettbewerb – das sind nicht bloß Worte, die üblicherweise in modernen Kommunikationsdesigns auftauchen. Die politischen Angebote, die dahinter stehen, müssen diese Grundsätze auch verinnerlicht haben. Deutschland wird etwa zehn Jahre brauchen, um wieder Schrittmacher in Europa zu werden. Finnland hat es in einem solchen Zeitraum geschafft. Deshalb müssen wir den Bürgern sagen, dass

unsere Reformen einen langen Prozess erfordern. Einen Prozess, dessen Verlauf auch von den Anstrengungen anderer Länder abhängt. Wer an die Spitze kommen will, muss seine Wettbewerber klar im Blick haben. Ich habe dem Bundeskanzler in der Debatte am 14. März ein jährliches Benchmarking angeboten. Eine unabhängige Kommission ermittelt jedes Jahr, wo Deutschland auf seinem Weg nach vorn steht – bei Wachstum, Beschäftigung, Investitionen und Abbau von Schwarzarbeit. So entstehen Berechenbarkeit und Verlässlichkeit, so entstehen Hoffnung und eine Stimmung des Aufbruchs. So wird – und das ist das Entscheidende – aus Stückwerk eine gemeinsame lohnende Kraftanstrengung. Das ist es, was Deutschland braucht.

Ihre Angela Merkel

*Dieser Brief ist die Antwort auf den Aufsatz „Weil Deutschland sich ändern muss“ von Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der Mitte Mai in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ erschienen ist. Der offene Brief der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Angela Merkel, an Helmut Schmidt ist am 5.6.2003 in der selben Zeitung erschienen.*

PETER ALTMAIER:

## „Rot-Grün hat die Menschen in beispielloser Weise **getäuscht**“

Der Deutsche Bundestag hat am 20. Dezember 2002 den von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beantragten Lügen-Ausschuss gegen den heftigen Widerstand von Rot-Grün eingesetzt. „Die SPD hat diesen Ausschuss gefürchtet wie der Teufel das Weihwasser“, sagte der Obmann der Unionsfraktion im Untersuchungsausschuss, Peter Altmaier, im Gespräch mit *CDU-online*.

*CDU-online:* Was wollen Sie mit dem Lügenausschuss erreichen? Die Bundesregierung bezeichnet ihn als reines Wahlkampfinstrument, andere raten der Union, sie möge endlich den Wählerwilen vom 22. September respektieren.

**Peter Altmaier:** Die SPD hat diesen Lügenausschuss von Anfang an gefürchtet wie der Teufel das Weihwasser. Das hat einen guten Grund. Die SPD möchte, dass wir möglichst schnell einen Schlussstrich unter den Bundestagswahlkampf und das ganze letzte Jahr ziehen, damit die Menschen nicht merken, in welchem Ausmaß und Umfang sie von der Bundes-



regierung getäuscht worden sind. Genau das werden wir nicht zulassen. Nur wenn die Bundesregierung und die SPD endlich bereit sind, den Menschen über die Situation in unserem Land reinen Wein einzuschenken, wird es auch möglich sein, die notwendigen Reformen und Veränderungen durchzusetzen.

*CDU-online:* Wie gehen Sie konkret vor, um der Koalition Fehlverhalten nachzuweisen?

**Altmaier:** In diesem Ausschuss geht es um die Frage, ob die Bundesregierung das Parlament und die Bürger vor der Wahl getäuscht hat. Dazu haben wir in den Akten und in den Zeugenaussagen Sensationelles zu Tage gefördert. Beispielsweise haben die Beamten im Finanzministerium Herrn Eichel bereits acht Wochen vor der Wahl aufge-

schrieben, dass er zwölf Milliarden Euro mehr Schulden machen wird als ursprünglich geplant. Außerdem haben sie ihm gesagt, dass er das Maastricht-Kriterium bei weitem verfehlen wird. Trotzdem hat der Minister noch wenige Tage vor der Bundestagswahl öffentlich das genaue Gegenteil behauptet. In anderen Ministerien gab es vergleichbare Vorgänge.

*CDU-online:* Was haben Sie sonst noch herausgefunden?

**Altmaier:** Wir haben in den Akten eine interessante Entdeckung gemacht. So sind aus dem Gesundheitsministerium interne Papiere in den Wochen vor der Wahl an die SPD-Parteizentrale und an den Deutschen Gewerkschaftsbund geschickt worden mit verharmlosenden Sprachregelungen zum Thema Krankenversicherung. Der DGB hat sich also als Wahlhelfer für die Bundesregierung einspannen lassen, Ministerien sind für parteipolitische Zwecke missbraucht worden. Auch dies ist ein Skandal, den es in dieser Form in den letzten Jahren nicht mehr gegeben hat.

**CDU-online:** *Hat da jemand im Hintergrund die Strippen gezogen?*

**Altmaier:** Wir haben es in allen drei Ministerien mit vergleichbaren Abläufen zu tun. Auf der einen Seite korrekte, pflichtbewusste Beamte, die ihren Ministern und Staatssekretären die Wahrheit rechtzeitig und ungeschminkt schildern, auf der anderen Seite eine politische Führung, die alles tut, um diese Erkenntnisse unter der Decke zu halten und zu verhindern. Das sieht nach einem Masterplan aus. Deshalb stellt sich verstärkt die Frage nach der Rolle des Bundeskanzleramtes und des Bundeskanzlers selbst.

**CDU-online:** Was bedeutet diese Wählertäuschung für die politische Glaubwürdigkeit unserer Politiker und der politischen Klasse insgesamt?

**Altmaier:** Die Glaubwürdigkeit von Herrn Eichel ist unhaltbar beschädigt. Minister Eichel hat durch sein Verhalten vor und nach der Wahl das Parlament und die Menschen in beispielloser Weise getäuscht. Niemand nimmt ihm noch irgendwelche Zahlen und Ankündigungen ab.

Es kommt jetzt vor allen Dingen darauf an, dass wir weiteren Schaden vom politischen System insgesamt abwenden. Dazu gehört der Mut, harte Wahrheiten auszusprechen. Dazu gehört die Be-

reitschaft, vor jeder Wahl einen Kassensturz zu machen, damit die Menschen wissen, woran sie sind.

**CDU-online:** *Was erwarten Sie von der Vernehmung des Bundeskanzlers am 3. Juli?*

**Altmaier:** Gerhard Schröder ist der politisch Verantwortliche für das Verhalten der Bundesregierung. Er muss uns erklären, was er von diesen Vorgängen gewusst hat, ob das Kanzleramt oder er persönlich in die Vorgänge involviert waren. Es fällt auf, dass der Bundeskanzler jetzt bereits im Mai ankündigt, dass die Neuverschuldung doppelt so hoch wie ursprünglich geplant ausfallen wird. Im vergangenen Jahr vor der Bundestagswahl hat er angeblich von der Entwicklung überhaupt nichts gewusst. Das ist in höchstem Maße ungläubwürdig.

**CDU-online:** *Wann können wir mit dem Abschlussbericht rechnen?*

**Altmaier:** Wir wollten verhindern, dass die SPD die Arbeit des Ausschusses hinauszögert und so lange verwässert, bis es niemanden mehr interessiert. Deshalb werden wir alles tun, um noch vor dem Beginn der Sommerpause die Beweisaufnahme abzuschließen. Bis zum 3. Juli finden noch insgesamt fünf Sitzungen mit mehr als 15

Zeugen statt. Am 3. Juli vernehmen wir den Bundeskanzler. Dann muss der Abschlussbericht geschrieben werden, damit er im Herbst nach der Sommerpause im Parlament diskutiert werden kann.

**CDU-online:** *Können Sie uns schon einige konkrete Vorschläge nennen oder ist es dazu noch zu früh?*

**Altmaier:** Wir müssen jetzt zunächst dafür sorgen, dass die tatsächlichen Erkenntnisse zweifelsfrei herausgearbeitet werden. Wir haben über 100.000 Seiten Akten durchgearbeitet, dutzende von Zeugen in stundenlangen Sitzungen befragt. Daran anschließend muss sich eine öffentliche Debatte über notwendige Änderungen für die Zukunft. Dies alles wollen wir in einer Initiative im Herbst der Öffentlichkeit vorstellen. Ich hoffe und wünsche, dass Rot-Grün nicht durch Tricksereien oder Ausnutzung ihrer Mehrheit auf den letzten Metern noch versucht, diesen Ausschuss am Abschluss seiner erfolgreichen Arbeit zu hindern.

**CDU-online:** *Vielen Dank für das Gespräch.*

Eine ungekürzte Fassung des Interviews finden Sie auf [www.cdu.de](http://www.cdu.de) unter „Politik A-Z“, Stichwort „Ausschüsse“. Das Interview führte Ruth Kirsch, CDU-Bundesgeschäftsstelle.

# Bessere Rahmenbedingungen für den deutschen Film

Anlässlich der Verleihung des 53. Deutschen Filmpreises im Berliner Tempodrom hatte die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, gemeinsam mit dem filmpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bernd Neumann, zum inzwischen 5. Filmempfang der CDU Deutschlands in die „Deutsche Parlamentarische Gesellschaft“ eingeladen.

werden“, sagte Angela Merkel in ihrer Begrüßung in Richtung Stefan Arndt, der seine große Anspannung und Nervosität während des Filmempfangs nicht verbergen konnte. Und am Abend war seine Anspannung vermutlich noch größer: der hochkarätige Gastredner, Gründer und Gesellschafter des Kreativzusammenschlusses „X-Filme Creative Pool“ und Produzent des

Parteivorsitzende zog einen weiteren Vergleich zwischen dem deutschen Film und dem „richtigen Leben“ in Deutschland: „Die Lage und Stimmungen werden überwiegend von schlechten Nachrichten bestimmt“. Die Zahlen der Filmwirtschaft sprächen für sich. Nach dem Erfolgsjahr 2001 seien die Statistiken für das zurückliegende Jahr 2002 eher ernüchternd. Nur 19 statt fast 31 Millionen Zu-



Von links nach rechts: Stefan Arndt, Angela Merkel, Bernd Neumann

„Jetzt wissen sie immerhin, wie es uns Politikern geht, kurz bevor die ersten Hochrechnungen nach einer Wahl bekannt gegeben

deutschen Kino-Hits „Good bye, Lenin!“, wurde bei der Filmpreisverleihung mit insgesamt neun Lolas ausgezeichnet. Die CDU-

schauber seien in deutsche Filme gegangen, statt neun „Besuchermillionäre“ gebe es diesmal nur drei, und der Marktanteil sei von 18,4

Prozent auf durchschnittliche 11,9 Prozent gesunken. Die Branche müsse also mal wieder mit einem durchschnittlichen Ergebnis zufrieden sein, fasste Merkel die Zahlen zusammen.

Dagegen stünden allerdings viele positive Aspekte: Die Resonanz des deutschen Films im Ausland wachse und damit auch der wirtschaftliche Erfolg. Mit Caroline Link gebe es eine würdige Oskarpriestragende mit ihrem Film „Nirgendwo in Afrika“, und ein nationaler Lichtblick sei der Film „Good bye, Lenin“ mit immerhin fast 6 Millionen Zuschauern. Ausdrücklich würdigte die Parteivorsitzende die Bedeutung der kreativen Filmindustrie für die Attraktivität des deutschen Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Im Anschluss forderte Stefan Arndt die Filmbranche auf, nicht in die gleiche Depression zu verfallen, wie sie derzeit in der Wirtschaft zu beobachten sei. Ziel müsse es vielmehr sein, neue Arbeitsplätze zu schaffen und gute Filme zu produzieren. Er sprach sich weiter für den Aufbau einer „richtigen Filmindustrie“ in Deutschland aus. Voraussetzung dafür sei jedoch die internationale Konkurrenzfähigkeit der heimischen

Filmbranche, zumal nur auf diese Weise das vorhandene Know how überhaupt im Land gehalten werden könne. In diesem Zusammenhang plädierte er für langfristig berechenbare Fördermodelle. Ohne diese Unterstützung könne ein Filmprojekt, das sich häufig über drei bis fünf Jahre erstrecke, kaum noch finanziert werden, zumal Kassenschlager nicht planbar seien. Eindringlich warb Arndt bei seinen Kollegen, dafür „gemeinsam mit den Stolz auf unsere Arbeit nach außen zu tragen, um mit einer Stimme für die Filmbranche zu sprechen“, auch und gerade in der Politik.

„Der Filmempfang bietet bereits seit mehreren Jahren kontinuierlich den direkten und ungezwungenen Dialog zwischen Filmwirtschaft und Politik“, so der filmpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bernd Neumann. Gerade in diesem Jahr sei dieser Dialog besonders wichtig, da die Novellierung des Filmförderungsgesetzes bevorstehe. Doch darüber hinaus müsse noch vieles mehr unternommen werden, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Films zu steigern. Bessere rechtliche Rahmenbedingungen seien

hier von zentraler und existenzieller Bedeutung. So habe der Medienerlass des Bundesfinanzministers aus dem Jahr 2001 die Beteiligung deutscher Produzenten an internationalen Koproduktionen „dramatisch erschwert“. Außerdem gingen dem deutschen und dem europäischen Film beträchtliche Mittel durch die Medienfonds verloren. Zwar würden jährlich mehrere Milliarden Euro allein in Deutschland in diese Fonds fließen, ausgegeben werde das Geld jedoch zu 80 Prozent in Hollywood, kritisierte Neumann. Abhilfe habe die rot-grüne Bundesregierung entgegen ihren Ankündigungen bislang nicht geschaffen. Hier werde die Union nicht locker lassen und habe deshalb auch eine Große Anfrage zur „Verbesserung der Rahmenbedingungen für den deutschen Film“ im Bundestag gestellt.

Ziel dieser Großen Anfrage wie auch das darüber hinausgehende Handeln der CDU Deutschlands seien keine parteipolitische Profilierung, sondern ausschließlich die Absicht, ein Stück mehr Chancen zu schaffen für den deutschen Film. „Er braucht sie und hat sie verdient“, so Bernd Neumann.



BESUCH IN LONDON:

## Welcome, Mrs. Merkel!

**Nach Gesprächen in Washington im Frühjahr und einem Treffen mit dem Papst im Mai diesen Jahres besuchte die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, London und traf dort mit führenden Politikern des Landes zusammen.**

Im Mittelpunkt der Gespräche unter anderem mit dem britischen Premierminister Tony Blair, hochrangigen Vertretern der Opposition und führenden Journalisten, Ökonomen und Intellektuellen, standen wirtschaftspolitische Fragen, Fragen der transatlantischen Kooperation sowie in der Europäischen Union. Nach einem Treffen mit Premierminister Tony Blair erklärte Angela Merkel, dass sie dem englischen Premier Lob dafür gezollt habe, dass er nach der Regierungsübernahme an den Reformen der Thatcher-Ära festgehalten habe, während Gerhard Schröder zunächst alle Reformansätze der Vorgängerre-

gierung aussetzte, auf die er jetzt, vier Jahre später, zurück komme. Die britische Entscheidung, einen Euro-Beitritt nicht völlig auszuschließen, bezeichnete Angela Merkel als einen „Schritt in die richtige Richtung.“ Nach diesem „mutigen Schritt“ stehe der britischen Regierung nun die „harte Arbeit“ bevor, eine skeptische Bevölkerung von einem Beitritt zur Währungsunion zu überzeugen. Tony Blair hatte zuvor erklärt, er halte ein Referendum über den Beitritt seines Landes zum Euro noch vor der nächsten Parlaments-

wahl für möglich. Angela Merkel sagte, sie habe Blair als einen Politiker erlebt, der die europäische Einigung „mit allem Engagement“ vorantreiben wolle.

Im Anschluss an ein Treffen mit dem konservativen Oppositionsführer Iain Duncan Smith sagte die CDU-Vorsitzende, beide Parteien seien für eine Stärkung der NATO. Sie plädierte dafür, „Europa nicht gegen Amerika aufzubauen.“ Vom ehemaligen britischen Außenminister Douglas Hurd ließ sich Merkel die politische Lage in Großbritannien erläutern.

Vor allem wirtschaftspolitisch könne Deutschland von Großbritannien wichtige Anstöße bekommen, sagte sie anschließend. Bei einer Rede in der renommierten London School of Economics sagte die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Europa könne „nicht mehr viele weitere Irak-Fälle durchstehen.“ Die Haltung der Bundesregierung im Irak-Konflikt hat



Foto: dpa

nach Ansicht von Angela Merkel dem europäischen Zusammenhalt geschadet. Die Irak-Haltung der Bundesregierung habe „schwere Auswirkungen“ auf die europäische Einigung gehabt und auch den deutschen Interessen nicht gedient. „Deutschland darf niemals Motor der Spaltung Europas sein, sondern es muss der Motor der Einigung sein.“ Künftig müsse sicher gestellt werden, dass europäische Staats- und Regierungschefs „nie wieder außenpolitische Entscheidungen treffen, ohne sich vorher abzustimmen“. Die Erarbeitung einer gemeinsamen Position müsse über nationale Interessen gehen. Jetzt gehe es darum, das Vertrauensverhältnis zwischen Europa und den USA wieder herzustellen. Das werde Europa stärken und auch den USA „guttun“, sagte Merkel. „Denn auch eine Supermacht darf nicht denken, dass sie die Welt allein regiert.“ Die Hauptursache der deutschen wirtschaftlichen Schwäche machte Angela Merkel im Rahmen ihres Vortrags über Globalisierung und Marktwirtschaft in den Fehlern des Transformationsprozesses nach 1989 aus. Das Ziel „gleiche Lebensbedingungen in beiden Teilen Deutschlands“ habe nicht nur zu dem enormen Kapital-

transfer geführt, sondern auch zum Transfer des kompletten West-Systems der Strukturen, in der Annahme, mit solcher Angleichung des Ostens an den Westen sei die Aufgabe gelöst. Aber, so Merkel: „Die Westdeutschen vergaßen, dass auch sie sich bewegen und sich der Globalisierung würden anpassen müssen. Das hat dazu geführt, dass Deutschland heute das schlechteste Erscheinungsbild in der Wirtschaft Europas abgibt.“ Angela Merkel forderte für den Reformprozess in Deutschland unter anderem eine „neue Einstellung zu neuen Technologien und Investitionen“, ein leistungsorientiertes Bildungssystem, sowie größere unternehmerische Freiheit, Risikobereitschaft und Wettbewerb.

Bei einem Frühstück im Savoy-Hotel, ausgerichtet von der „Atlantic Partnership“-Initiative und der Konrad-Adenauer-Stiftung, beschwor sie die Zuhörer, dass „nur ein starkes Europa, mit den USA verbündet, Einfluss in Washington“ haben werde. Sie zeigte sich ungeduldig mit dem wachsenden Machtgefälle zwischen den beiden Küsten: „Es ist, als ob die USA sich im Flugzeug fortbewegten, und Europa mit dem Fahrrad.“ Angela Merkel hob noch einmal hervor, dass seit dem Ende des Kalten Krieges und

seiner eindeutigen Fronten noch keine gemeinsame Definition der neuen Bedrohungen gefunden worden sei. Insbesondere Deutschland habe sich seit 1989 „selbst betäubt“ und suche sich vorzugaukeln, in der Welt sei der ewige Friede angebrochen. Der Krieg im Irak habe alle internationalen Institutionen erschüttert, auch die Nato. Doch die Allianz bleibe eine Familie, in der man sich streiten könne, in der man danach aber wieder zusammenstehe. Darin hätte in den vorangegangenen Gesprächen mit Tony Blair und dem Oppositionsführer Iain Duncan Smith Einigkeit bestanden.

Abgerundet wurde der Aufenthalt der CDU-Vorsitzenden in der englischen Hauptstadt mit einer hochkarätig besetzten Gesprächsrunde in der Deutschen Botschaft in London, zu der der Deutsche Botschafter Thomas Matussek unter anderem Mitglieder des englischen Oberhauses eingeladen hatte. Begleitet wurde Angela Merkel bei ihrem London-Aufenthalt von dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Friedbert Pflüger, und dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Angelegenheiten der Europäischen Union in der Bundestagsfraktion, Peter Hintze.

# „Halte nichts von einer Großen Koalition“

**DIE WELT:** Die Entscheidungen zur Agenda 2010 kommen im Herbst in den Bundesrat, wo die Unionsländer eine Mehrheit haben. SPD-Fraktionschef Franz Müntefering hat Sie zur „Großen Kooperation“ aufgerufen. Sind Sie dazu überhaupt bereit?

**Laurenz Meyer:** Wir werden alles mittragen, was in die richtige Richtung geht. Die Lage in Deutschland ist so ernst, dass selbst kleine Schritte in die richtige Richtung mitgetragen werden müssen. Die Agenda insgesamt reicht aber nicht aus. Viele Maßnahmen sind nur symbolischer Natur.

**DIE WELT:** Was werden Sie mittragen, und wo werden Sie auf die Bremse treten – zum Beispiel im Gesundheitsbereich?

**Meyer:** Im Gesundheitswesen müssen wir zu einer Stabilisierung der Beiträge kommen. Die Veränderungen der Altersstruktur und der medizinische Fortschritt müssen mit weiterem Blick als bis 2010 einbezogen werden, sonst werden uns die Beiträge bis 2030 um die Ohren fliegen. Jetzt müssen die Weichen zu mehr Eigenverantwortung und Wettbewerb auf allen Seiten, bei den Anbietern und bei den Versicherten gestellt werden. Sonst wird das ganze Sys-

tem auseinander fliegen. Der Gesundheitsbereich gehört zu denen, wo wir die meisten Bedenken gegen die Lösungsvorschläge der Koalition haben. Neue Bürokratien a' la Ulla Schmidt einzuführen, kann keine Lösung sein.

**DIE WELT:** Der Plan, dass das Krankengeld künftig nur noch von den Versicherten zu zahlen ist, wird von der CSU heftig abgelehnt. Stimmen Sie in diesem Punkt mit Ihrer Schwesterpartei überein?

**Meyer:** Das wird von uns insgesamt abgelehnt. Aber die Versicherten müssen damit rechnen, dass sie künftig mehr Eigenverantwortung zu tragen haben. Den Ansatzpunkt sehen wir aber auch auf Grund der Erfahrungen in anderen Ländern stärker im Bereich der Zahnbehandlung: Eigenverantwortung kann man hier durch Vorsorge und regelmäßige Untersuchungen besonders gut übernehmen.

**DIE WELT:** Was wollen Sie im Arbeitsmarktbereich über den Bundesrat erreichen?

**Meyer:** Die SPD-Beschlüsse sind nicht ausreichend, um die desaströse Wirtschaftslage zum Besseren zu wenden. Wir brauchen auf dem Arbeitsmarkt erhebliche Veränderungen. Wir sagen: Für alle, die Arbeit haben, soll

sich im Kündigungsschutzbereich nicht ändern. Aber wir müssen alles tun, um Neueinstellungen möglich zu machen.

**DIE WELT:** Glauben Sie, dass die rot-grüne Regierung das Jahresende 2003 übersteht?

**Meyer:** Jeder Monat, den die Regierung im Amt bleibt, ist ein verlorener Monat für Deutschland.

**DIE WELT:** Was sind denn die Alternativen: Neuwahlen oder Große Koalition?

**Meyer:** Neuwahlen wären die beste Lösung...

**DIE WELT:** ... sind aber schwer herbeizuführen.

**Meyer:** Ich halte nichts von einer Großen Koalition mit dieser SPD.

**DIE WELT:** Also Weiterwursteln bis 2006, oder könnte es sein, dass nach den bayerischen Landtagswahlen in der Union ein Umdenken bezüglich einer Großen Koalition einsetzt?

**Meyer:** Es gibt keinen Grund, der für eine Große Koalition sprechen würde. Was wir gemeinsam mit der Regierung tun können, können wir im regulären Gesetzgebungsverfahren und über den Bundesrat einbringen.

Interview in „Die Welt“,  
10. Juni 2003

# Ein Jahr CDU/FDP-Regierung

**Landesvorsitz, Ministerpräsident, Bundesratspräsident – der Name Wolfgang Böhmer ist binnen Monate zum Garant für realpolitische Sachlichkeit, Konsequenz und Weitblick avanciert.**

Ein Jahr nach Aufnahme der Amtsgeschäfte hat die sachsen-anhaltische CDU/FDP-Koalitionsregierung, der Wolfgang Böhmer als Ministerpräsident vorsteht, eine erste Zwischenbilanz gezogen. 348 Vorlagen hat das Kabinett seither beraten, 17 Gesetze verabschiedet und zwölf weitere zur Anhörung freigegeben. Alleamt verfolgen sie das Ziel, das Land nach acht Jahren desaströser Finanz- und Wirtschaftspolitik wirksam zu entschulden, Investoren zu werben und Sozialleistungen dauerhaft zu sichern.

Dabei hat Böhmers Kabinett auch „heiße Eisen“ mutig „angepackt“: Gemeinsam mit der SPD gelang ein Kompromiss zum KiTa-Gesetz, mit dem zweistellige Millionenbeträge gespart werden, ohne den bundesweit beispielhaften Standard der Kinderbetreuung zu gefährden.



Optimismus verheißt die Wirtschaftsentwicklung: Die Investitionssumme liegt um eine Milliarde Euro höher als im Vorjahr, das Bruttoinlandsprodukt stieg gegen den Bundestrend um 0,1 Prozent, im verarbeitenden Gewerbe gar um 6,5 Prozent. Dennoch vermochte das Plus bei der Ansiedlungsdynamik nur bedingt auf den Arbeitsmarkt einzuwirken. Zentrales Anliegen der Landesregierung ist und bleibt, Sachsen-Anhalt vom unteren Ende der Arbeitslosenstatistik ins Mittelfeld zu führen.

Einen Weg dorthin soll der weitere Ausbau der Infrastruktur weisen. Die Nordverlängerung der A14, der neue Bahnvertrag, eine Verschlinkung bei den Genehmigungen und stimmige Programme zu Stadtumbau und Straßenbau untermauern diesen Anspruch.

Die konsequente Entschuldung des Landes steht als weiteres Hauptziel der Böhmer-Regierung. Personalabbau in der Landesverwaltung, Halbierung der Nettokreditaufnahme bei gleichzeitiger Sicherung der investiven Mittel galten als zwingende Reaktion auf das erdrückende finanzpolitische Erbe der Vorgängerregierung. Als mittelfristiges Etappenziel steht die Absenkung der Nettokreditaufnahmen auf Null Euro.

In Sinne einer effizienteren Verwaltung begann der Aufbau des Landesverwaltungsamtes, in der die Aufgaben dreier Regierungspräsidien gestrafft und gebündelt werden. Mit der Polizeireform gelang die Kopplung der Intention des schlanken Staats und dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger. Flankierend setzte das Justizressort schnellere Verfahren und härtere Strafen durch. Ein probates Hochwasserschutzkonzept in Reaktion auf die Jahrhundertflut an Elbe und Mulde und ein leistungsorientiertes Bildungssystem mit dem Abitur nach 12 Klassen stehen als weitere Eckpunkte der Leistungsbilanz.

Politische Signale der Landesregierung wirken inzwischen weit über Sachsen-Anhalt hinaus: Mit der Initiative Mitteldeutschland gewann die Zusammenarbeit mit Sachsen und Thüringen eine neue Qualität. In Berlin stieß die Landesregierung bislang 13 Bundsratsinitiativen an, fungierte bei neun weiteren als Mit Antragsteller. In seiner Funktion als Bundesratspräsident verließ Wolfgang Böhmer nicht nur der Föderalismusdebatte neuen Schwung, sondern positioniert sich klar und offen zu Streitthemen der Zeit.

Vieles gehe ihm zu langsam, so Böhmer allenthalben, gelähmt durch eine überbordende Bürokratie, der er unlängst den Kampf angesagt hat. Die ersten Ergebnisse dabei: Acht Gesetze, acht Verordnungen und 119 Verwaltungsvorschriften wurden aufgehoben, weitere wirksame Vereinfachungen sollen folgen. Die Richtschnur für die kommenden Jahre bringt Böhmer, auch vor dem Hintergrund eines verbreiteten Reformunwillens, schnell auf den Punkt: „Status-Quo-Denken ist menschlich verständlich, aber eröffnet keine Perspektiven für die Zukunft.“

## THÜRINGEN



**Der neue Ministerpräsident des Freistaates Thüringen, Dieter Althaus, hat im Erfurter Landtag sein Kabinett vorgestellt.**

Der bisherige Geschäftsführer der Landesentwicklungsgesellschaft, Jürgen Reinholz, wurde zum neuen Wirtschaftsminister ernannt. Der bisherige Beauftragte des Freistaates beim Bund, Hans Kaiser, wird Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten. Sozialminister wird Klaus Zeh. Er löst Frank-Michael Pietzsch ab, der auf Vorschlag des neuen Ministerpräsidenten den Vorsitz der CDU-Landtagsfraktion übernehmen soll. Zeh war bislang stellvertretender Fraktionsvorsitzender in der Landtagsfraktion. Die übrigen sechs Ressortchefs übernahm Althaus aus dem Kabinett seines Vorgängers Bernhard Vogel. Die insgesamt neun Ressortchefs wurden von Landtagspräsidentin Christine Lieberknecht vereidigt.

■ Innenminister und Stellvertretender Ministerpräsident: Andreas Trautvetter  
 ■ Ministerin für Wissenschaft, Forschung und

Kunst: Dagmar Schipanski  
 ■ Finanzministerin: Birgit Diezel  
 ■ Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Volker Sklenar  
 ■ Kultusminister: Michael Krapp  
 ■ Justizminister: Karl Heinz Gasser  
 ■ Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Klaus Zeh  
 ■ Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Staatskanzlei: Hans Kaiser  
 ■ Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur: Jürgen Reinholz.

## BERLIN



**Joachim Zeller zum neuen Landesvorsitzenden der Berliner CDU gewählt.**

Auf einem Landesparteitag setzte sich der Bürgermeister des Berliner Bezirks Mitte in einer Kampfabstimmung knapp gegen den ehemaligen Finanzsenator Peter Kurt durch. Joachim Zeller erhielt 166 Delegiertenstimmen (52 %). Für Peter Kurth stimmten 149 Delegierte. Die Wahl war notwendig geworden, nachdem Amtsinhaber Christoph Stölz seinen Rückzug angekündigt hatte. Zum neuen Generalsekretär wurde im dritten Wahlgang Gerhard Lawrentz mit 61,4 % der Stimmen ge-

wählt. Er ist Nachfolger von Verena Butalikakis, die nicht mehr kandidierte. Ingo Schmitt löst Marc Aurel von Dewitz als Landesschatzmeister ab. In seiner Rede forderte der neue Landesvorsitzende die Delegierten dazu auf, mutig und klug zu handeln, um die Hauptstadt voranzutreiben. Dazu brauche es einen Mentalitätswechsel. Die Vorsitzende der CDU Deutschlands Angela Merkel bot in ihrer Gastrede dem Berliner Landesverband die Unterstützung der Bundes-CDU an, um das Bild der Union in dieser Stadt wider zu schärfen.

## RHEINLAND-PFALZ



**Christoph Böhr ist als CDU-Landesvorsitzender bestätigt worden.**

Für den stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands votierten 73 % der Delegierten. Zu seinen beiden Stellvertretern wurden Maria Böhrmer (74,8 %) und Adolf Weiland (76,3 %) gewählt. Zum Landesschatzmeister wurde Herbert Jullien (76,9 %) bestellt. Als Generalsekretär bestätigten die Delegierten Claudius Schlumberger.

## BRANDENBURG



**Jörg Schönbohm als Landesvorsitzender in Brandenburg bestätigt.**

Das Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands wurde mit 83 % der Delegiertenstimmen zum dritten Mal in Folge in das Spitzenamt gewählt. Mit Blick auf die rot-schwarze Koalition betonte Jörg Schönbohm in seiner Rede, dass das Gemeinsame zwischen SPD und CDU überwiege. Allerdings wolle er sich dafür einsetzen, dass die CDU die SPD als stärkste Kraft im Land ablöst. Jörg Schönbohm sagte: „Ich kämpfe dafür, dass die große Koalition einmal unter einem anderen Vorzeichen steht.“ Mit 83,81% der Stimmen wurde Thomas Lunacek als Generalsekretär bestätigt. Bei den Stellvertreterwahlen setzten sich Ulrich Jungmanns (70,2%), Barbara Richstein (70,28%), Andrea Voßhoff (69,8%) und Sven Petke (58,49%) durch. Zum Schatzmeister wurde Dirk Homeyer wieder gewählt. Der Parteitag erteilte dem Landesvorstand den Auftrag, den zuvor einstimmig angenommenen Leittrag „Vision Brandenburg 2010“

zu einem Grundsatzprogramm für die märkische Union weiterzuentwickeln.

## BADEN-WÜRTTEMBERG



**Der dienstälteste deutsche Ministerpräsident Erwin Teufel hat am Pfingstmontag einen weiteren Rekord aufgestellt.**

Als Regierungschef Baden-Württembergs kann er nunmehr auf die längste Amtszeit verweisen. Mit 4521 Tagen brach das Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands den bisherigen Rekord seines Vorgängers Lothar Späth. Teufel hatte ihn am 22. Januar 1991 abgelöst.

## EHRUNG

**Peter Liese, MdEP,** wurde im österreichischen Parlament für sein Engagement im EP, christliche Werte bei der Gestaltung Europas einzubringen, die „Kardinal – Opilio – Rossi – Medaille 2003“ der „Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände Österreichs“ verliehen. Liese ist der erste Nichtösterreicher, der diese höchste Auszeichnung des österreichischen Laienapostolates erhielt.

# Reformen im Handwerk mit **Augenmaß**

Angela Merkel hat den rot-grünen Gesetzentwurf zur Handwerksordnung auf einer Veranstaltung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vor mehr als 800 Handwerkern scharf kritisiert.

Die Union werde alles tun, damit der rot-grüne Entwurf so nicht Gesetz werde, versicherte die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der Bundestagsfraktion. Die große Zahl von Teilnehmern zeige, dass das Handwerk wegen der rot-grünen Politik existenzielle Sorgen habe und die Union vom Handwerk als eine politische Kraft wahrgenommen werde, die die Sorgen ernst nehme, sagte Merkel. Das Handwerk in Deutschland sei „in großer Not“, warnte Angela Merkel. „Der gesamte Berufsstand ist in eine dramatische Schiefelage geraten.“ Ursache sei einerseits die zunehmend schlechtere gesamtwirtschaftliche Lage. Andererseits verweigere sich Rot-Grün „zentralen Reformnotwendigkeiten“ im Bereich Arbeit und Soziales. Von einer Reform erwarte die Unionsfraktionschefin, dass das Handwerk daraus „stärker, vitaler und lebendiger“ hervorgehe. Zugleich bekräftigte Merkel die Forderung von CDU und CSU, am Meisterbrief festzu-



Angela Merkel, Dagmar Wöhl, Ernst Hinsken, Hartmut Schauerte mit Konditormeistern

halten. „Setzen wir auf Innovation und Technologiefreundlichkeit. Belohnen wir Mut und Risiko. Mobilisieren wir unsere Kräfte, gestalten wir die Zukunft, nicht allein am Reißbrett, das tun die Handwerker auch nicht, sondern Schritt für Schritt, stets mit dem Blick für beides, für die große Vision und für das Praktische zugleich“, rief Merkel den Handwerkern zu.

Mit dem Mut zum Risiko und zur Eigenverantwortung sei das Handwerk Vorbild für große Teile der Bevölkerung insgesamt, unterstrich die Fraktionsvorsitzende. „Ein schrumpfender Auftragsbestand wird sich durch die ‘Quasi-Abschaffung’ des Meisterbriefes nicht in einen absoluten Überfluss von Aufträgen verwandeln“, sagte Merkel. CDU/CSU und

Handwerk wollen für die Zuordnung von Berufen mit Meisterpflicht nicht die Gefahrenabwehr allein gelten lassen. Auch eine überdurchschnittliche Ausbildungsleistung und der Schutz wichtiger Gemeinschaftswerte wie Gesundheit, Umwelt oder Verkehrssicherheit müsse berücksichtigt werden, sagte Merkel.

ZDH-Präsident Dieter Philipp nannte die Regierungspläne einen Affront. Auch das Handwerk wolle die Handwerksordnung modernisieren. Dabei müsse aber die Qualifikation als Grundlage erhalten bleiben. „Glaubt denn die Bundesregierung wirklich, dass sie mit selbstständigen Schuhputzern in Form von Ich-AGs den Wachstumsmotor wieder in Gang setzen kann?“, fragte Philipp. Der Meisterbrief verhindere nicht den Wettbewerb.

DAGMAR WÖHRL  
ERNST HINSKEN:

## 12-Punkte- Reformplan zur Handwerksordnung

**Zur Veranstaltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Modernisierung der Handwerksordnung, „Handwerk ohne Meister?“ erklärten die wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Leiter der Projektgruppe zur Reform der Handwerksordnung:**

Die Veranstaltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war ein voller Erfolg. Fast 1.000 Handwerker aus ganz Deutschland haben neben dem Reichstag eindringlich ihre Kritik an den rot-grünen Plänen demonstriert. Die Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, hat mit den Teilnehmern ebenso engagiert und offen diskutiert wie Dieter Philipp, der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks. Beide waren sich einig, dass Reformen im Handwerk nur mit den Beteiligten und nicht gegen die Leistungsträger unserer Gesellschaft erfolgreich sein können. Während Michael Glos, erster stv. Fraktions-

vorsitzender, vor den ökonomischen Auswirkungen der rot-grünen Regierungspläne warnte, betonte der stv. Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz nachdrücklich, dass die Union auch in Zukunft an der Seite des Handwerks steht.

Dass der Frage der Ausbildungsleistung eine zentrale Bedeutung in der Diskussion zukommen müsse, wurde einstimmig vom Generalsekretär des ZDH, Hanns-Eberhard Schleyer, dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit, Karl-Josef Laumann und dem Vorsitzenden der Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion, Hartmut Schauerte, gefordert.

Anstatt die hohe Ausbildungsbereitschaft im Handwerk zu verstärken, ignoriert Rot-Grün diese gesellschaftliche Leistung derzeit aber noch vollkommen. Dies wird die Union nicht hinnehmen.

Das Handwerk ist eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft. Wer Arbeit und Aufträge will, muss das Handwerk stärken und darf ihm nicht den Boden unter den Füßen wegziehen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dieser Herausforderung mit den 12 Eckpunkten für ein „Hand-

werk mit Zukunft“ (Bundestags-Drucksache 15/1107) Rechnung getragen. Die Teilnehmer der Veranstaltung haben diese Reformpläne begrüßt und unterstützt. Im Einzelnen fordern wir: ■ 1. Erhalt des Meisterbriefes ■ 2. Optionschance für Ausbildungsberufe ■ 3. Qualitätssicherung in der Anlage B ■ 4. Einführung einer Revisionsklausel ■ 5. Keine „Existenzgründung light“ ■ 6. Modernisierung der Meisterprüfung ■ 7. Berufsanerkennung erleichtern ■ 8. Aufgabe des Inhaberprinzips ■ 9. Keine Schnellschüsse im Kammerwesen ■ 10. Beschränkung der Ich-AG's auf handwerkliche Tätigkeiten der Anlage B ■ 11. Unerheblichkeitsgrenze transparent gestalten ■ 12. Verfahren beschleunigen, Bürokratie abbauen

HARTMUT KOSCHYK  
OLE SCHRÖDER  
REINHARD GRINDEL:

## Schily's unverantwortliche Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik

**Zu den Ergebnissen des EU-Ministerrates im Bereich Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik erklärten der innenpoliti-**



**sche Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die zuständigen Be-richterstatter:**

Die Zustimmung von Bundesinnenminister Schily zu einer wichtigen Richtlinie der EU zu Aufenthaltsrechten, wonach Ausländer von Staaten außerhalb der Europäischen Union künftig weitestgehend mit EU-Bürgern gleichgestellt werden, ist unverantwortlich.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte die Bundesregierung wegen weitreichenden Folgen vor Zugeständnissen im EU-Ministerrat gewarnt (BT-Drs. 15/566). Damit wird für Deutschland bindend: Eine weitgehende Gleichstellung zwischen EU-Bürgern und Drittstaatsangehörigen, teilweise erhalten diese noch über die Rechte der EU-Bürger hinausgehende Rechte. Es ist nicht akzeptabel, dass der Status der Drittstaatsangehörigen an zu geringe Voraussetzungen geknüpft wird: So sind fünf Jahre rechtmäßiger Aufenthalt keine ausreichende Zeitspanne. Ebenso unakzeptabel ist, dass die Verleihung des Status nicht von einem Integrationsbeitrag (Erlernen der Sprache) abhängig gemacht wird. Damit sind verpflichtende Integrationskurse im Zuwanderungsge-

setz Makulatur. Wir nehmen auch nicht hin, dass beim erhöhten Ausweisungsschutz eine Gleichstellung von EU-Bürgern erfolgen wird. Was Deutschland gebraucht hätte, ist eine Regelung, nach der drittstaatsangehörige Straftäter ohne weitere Erschwernisse ausgewiesen werden können. Es ist auch nicht akzeptabel, dass Drittstaaten unbeschränkter Arbeitsmarktzugang gewährt wird. Wir sind gespannt, wie Otto Schily das den fast 5 Millionen Arbeitslosen erklären will. Die letztlich mit dem Richtlinienentwurf verbundene Entwertung des privilegierten Rechtsstatus der EU-Bürger ist nicht hinnehmbar.

Demgegenüber ist es nur ein Trostpflaster, dass Innenminister Schily sich diese Zustimmung gegen das Verschieben der Beratungen über die Flüchtlingsrichtlinie und die Richtlinie zu Mindestnormen in Asylverfahren hat abhandeln lassen. Denn wenn er demnächst auch diesen Richtlinien zustimmen sollte, wäre es besser, bei den geltenden nationalen Ausländer- und Asylrechtsregelungen zu bleiben. Diese Richtlinien werden in unserem Land und in Europa Schaden anrichten. Sie werden die Asylrechtsreform des Jahres

1993, der wir den Rückgang der Zuzugszahlen von 500.000 auf unter 100.000 zu verdanken haben, rückgängig machen. Wer Schaden von Deutschland abwenden will, muss sich dem widersetzen. In Brüssel umzustoßen, was 1993 mit der Asylrechtsreform mühsam aufgebaut worden war, ist destruktiv.

Das kommt auf Deutschland zu: ■ Weiter Flüchtlingsbegriff: Es wird zu einer Ausweitung der Zufluchtsmöglichkeiten kommen, z. B. für Personen, die vor Nachstellungen durch Verbrecherbanden oder wegen mangelnder medizinischer Versorgung flüchten, mit der Möglichkeit vollen Familiennachzugs, auch bei gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften, mit Zugang zum Arbeitsmarkt ohne jede Bedarfsprüfung. Das ist angesichts der bereits bestehenden Zuwanderung nach Deutschland sachlich nicht gerechtfertigt. Hierzu Otto Schily im Jahre 2000: „Der Wegfall des Erfordernisses der Staatlichkeit (?) durch Gesetzesänderungen ließe erheblichen Zuwanderungsdruck erwarten.“ ■ Abschaffung der Drittstaatenregelung: Die Richtlinie zu Mindestnormen in Asylverfahren wird alle wesentlichen Säulen der Asyl-

rechtsneuregelung aus dem Jahre 1993 (Drittstaatenregelung, Flughafenregelung, Herkunftsstaatenregelung) abschaffen bzw. bis zur Unkenntlichkeit aushöhlen, was der Abschaffung gleichkommt. Allein diese Regelungen, insbesondere die Drittstaatenregelung, haben zu einem Asylbewerberückgang geführt.

KATHERINA REICHE  
WERNER LENSING  
UWE SCHUMMER:

## Klare Absage an Lehrstellenabgabe

**Die bildungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die zuständigen Beraterstatter der Unionsfraktion im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung erklärten zum Vorhaben der Bundesregierung, eine Ausbildungsplatzabgabe einzuführen:**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt die Einführung einer Ausbildungsabgabe ab. Jede weitere Belastung für die Unternehmen wird Lehrstellen vernichtend. Für das Ausmaß der Lehrstellenkatastrophe trägt die rot-grüne Bundesregierung schwere Mitverantwortung. Deutschland weit

**Von Oktober 2002 bis Mai 2003 sind den Arbeitsämtern insgesamt 433.100 Ausbildungsstellen gemeldet worden, das sind 52.500 oder elf Prozent weniger als im Vorjahr.**

Gleichzeitig haben mit 600.800 etwa gleichviel Bewerber wie im Vorjahr zur Vermittlung eines Ausbildungsplatzes die Berufsberatung eingeschaltet. Erheblich angewachsen ist per Ende Mai die Lücke zwischen unbesetzten Lehrstellen (136.000) und noch nicht vermittelten Bewerbern (307.300). Die Lehrstellenslücke liegt mit 171.300 deutlich über der Zahl des Vorjahres (130.600).

Äußerst angespannt zeigt sich die Situation weiterhin in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin. Ende Mai standen hier 27.000 unbesetzten Ausbildungsstellen rund 111.800 nicht vermittelte Bewerber gegenüber. Die rechnerische Differenz zwischen offenen Stellen und unversorgten Bewerbern liegt mit 84.800 ungefähr auf der Höhe des Vorjahres (85.200). In Westdeutschland lag die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen Ende Mai bei 109.000 und damit 20 Prozent unter dem Vorjahr. Gleichzeitig

suchten jedoch noch 195.600 Bewerber eine Lehrstelle, 13.800 oder acht Prozent mehr als vor einem Jahr. Somit hat die rechnerische Lücke zwischen offenen Lehrstellen und unversorgten Bewerbern per Ende Mai von 45.400 im Vorjahr auf 86.500 beträchtlich zugelegt.

Nicht nur der Ausbildungsstellenmarkt, auch der Arbeitsmarkt insgesamt bleibt für junge Menschen unter 25 Jahre angespannt. Mit 486.200 erreichte die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen im Mai den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung und lag um sieben Prozent über der des Vorjahres. Zudem befanden sich im Mai weitere 558.000 junge Menschen in verschiedenen Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktförderung (SGB III, JuSoPro), was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 4 % bedeutet. Die Jugendarbeitslosigkeit (unter 25 Jahre) ist bezogen auf den Monat Mai auf einem historischen Höchststand. Im Mai 2003 waren 486.268 junge Leute arbeitslos. 63.763 mehr als im Mai 1998. Seit dem diese Statistik von der Bundesanstalt für Arbeit geführt wird, war die Zahl noch nie so hoch wie unter Rot-Grün.

fehlen Ende Mai über 170.000 Lehrstellen – allein in den neuen Ländern 85.000 Ausbildungsplätze. Rot-Grün hat die junge Generation im Stich gelassen.

Die Zahlenentwicklung war ab Mai 2002 ablesbar. Aus politischen Gründen wurde die Lage vertuscht und bis zur Bundestagswahl 2002 zum Nichtthema erklärt. Jetzt, ein Jahr später, wurde das Thema wieder entdeckt und der SPD-Linken die Ausbildungsplatzabgabe als Beruhigungsspielle verabreicht. Es kann nicht angehen, dass ein tief greifendes gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Problem zum Schaden junger Menschen ideologisiert und parteipolitisch missbraucht wird.

Unternehmen haben zweifelsohne eine gesellschaftspolitische Verantwortung, gerade für die junge Generation. Zahlreiche Unternehmen jedoch stehen mit dem Rücken zur Wand. Jetzt bekommen diese Unternehmen von der Bundesregierung noch zusätzliche finanzielle Belastungen und Bürokratie aufgedrückt. All das verschärft das Insolvenzrisiko noch weiter. Letztlich würden durch eine Ausbildungsplatzabgabe vorwiegend außerbetriebliche

Ausbildungsplätze entstehen, die kaum Beschäftigungschancen bieten.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, den Weg zur Sicherung eines ausreichenden Lehrstellenangebotes und Stärkung des ersten Ausbildungsstellenmarktes über eine Modernisierung der Ausbildungsordnungen, über eine Wachstums orientierte Steuer und Finanzpolitik sowie über eine Senkung der Lohnnebenkosten zu suchen.

Ein erster Schritt wäre es, die Mittel des erfolglosen JUMP-Programms in Höhe von rund 1 Mrd. Euro direkt zur Senkung von Lohnnebenkosten einzusetzen, um insbesondere ausbildende Betriebe zu entlasten. Eine Novellierung des Berufsbildungsgesetzes ist überfällig. Außerdem ist die Schwelle für den besonderen Kündigungsschutz auf 20 Beschäftigte bei Neueinstellungen anzuheben.

Vertrauen in die Verlässlichkeit von Politik muss wiederhergestellt werden. Die Drohung mit der Ausbildungsplatzabgabe ist nur ein weiterer Beitrag zur Verunsicherung der Unternehmen. Der richtige Weg ist vielmehr, Mut und Risiko zu belohnen. Nur so sind die fehlenden Lehrstellen zu schaffen

GÜNTER KRINGS:

## Junge Gruppe begrüßt **EU-Referendum** in Polen

**Anlässlich des positiv entschiedenen Volksreferendums über den EU-Beitritt in Polen erklärte der Vorsitzende der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Die Junge Gruppe begrüßt das in großer Eindeutigkeit erfolgte Votum des polnischen Volkes für einen Beitritt zur EU und freut sich, dass sich vor allem jüngere Polen mit überwältigender Mehrheit für eine Zukunft in der Europäischen Union ausgesprochen haben.

Sieben Abgeordnete der Jungen Gruppe hatten bereits Mitte Mai Polen besucht, um zusammen mit jüngeren polnischen Abgeordneten für einen Beitritt Polens zur EU zu werben. Neben mir als Vorsitzenden waren dies die Abgeordneten Fahrenschon, Klöckner, Kretschmer, Reiche, Silberhorn und Wanderwitz. Durch die Gespräche vor Ort in den Wahlkreisen der polnischen Abgeordneten hatte sich uns schon damals der Eindruck verfestigt, dass vor allem die jungen Menschen in Polen einem EU-Beitritt sehr offen gegenüberstehen.

# UD

Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.



### Strandtuch „Smilie“

Bestell-Nummer: 9458  
Preis je 1 Stück: 9,00 €  
inkl. MwSt.: 11,70 €

~~4,00 Euro~~  
~~4,64 Euro~~

**RESTPOSTEN!**

### CDU-Seemannsrucksack

blau  
Bestell-Nummer: 9661

gelb  
Best.-Nr.: 9662

Preis je 1 Stück: 17,00 €  
inkl. MwSt.: 20,70 €

**RESTPOSTEN!**

~~10,00 Euro~~  
~~11,60 Euro~~



### BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
Bertelsmann-Versandzentrum  
Postfach 1162,33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de